

6. Bezahlkarte für alle Asylbewerber

Parlamentarische Initiative Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) vom 26. Februar 2024

KR-Nr. 59/2024

Ratspräsident Jürg Sulser: Leider hat niemand den Antrag gestellt, dass man Traktandum 11 und 13 zusammen berät. Darum beraten wir das Thema noch einmal. Jetzt aufgepasst: Wir führen dazu eine reduzierte Debatte. Ich gehe davon aus, dass Sie alle wissen, was das heisst.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Ich mache es kurz, ich erspare Ihnen all die Argumente, die wir vorhin schon genügend ausgebreitet haben. Nur so viel: Wir nehmen nicht Deutschland als Vorbild, lieber Mario Fehr – lieber Mario Fehr, vielleicht sollten Sie zuhören. Wir haben explizit erwähnt, dass wir bei der technischen Umsetzung Deutschland als Vorbild nehmen. Bestimmt haben Sie das alle auch noch in den Ohren «Wir schaffen das», das Mantraartige von Angela Merkel (*ehemalige deutsche Bundeskanzlerin*), als eine Million Syrer nach Deutschland eingeladen wurden, getreu dem Motto «Die Lösungen von heute sind die Probleme von morgen». Also wir sehen das hier genauso. Es geht auch nicht um ein Lustprinzip. Denn wenn wir uns in der digitalen Welt erkundigen, was das Lustprinzip bringen wird, dann kann ich nur sagen, es steht da zum Beispiel: «Während das Lustprinzip kurzfristig stressmindernd wirken kann, kann die fortwährende Vermeidung unangenehmer, aber notwendiger Aufgaben langfristig zu erhöhtem Stress und Belastung führen, beispielsweise durch das Anhäufen von unerledigten Arbeiten.» Dankeschön.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Auch ich kann es kurz machen; alle Argumente wurden bereits ausgetauscht. Um was geht es eigentlich? Nur dieser Satz sei mir nochmals erlaubt: Es geht um eine Bezahlkarte analog einer Prepaid- oder Geschenkkarte, welche regelmässig aufgeladen werden kann, ohne dass ein Bankkonto dahintersteht. Auch noch einmal zur Anmerkung: Personen mit einem N- oder F-Ausweis, also Asylsuchende, dürfen eigentlich kein eigenes Bankkonto unter dem eigenen Namen eröffnen. Das mag vielleicht bei der PostFinance möglich sein, aber in der Regel ist das nicht der Fall. Das ist auch jetzt immer noch so. Also noch einmal: Wir können uns ganz pragmatisch vor Augen halten, es geht um eine Debitkarte in einer speziellen Form und um nichts Diskriminierendes. Danke.

Andrea Gisler (GLP, Gossau): Ob es nun im Kleid einer Motion oder einer parlamentarischen Initiative daherkommt, es bleibt dabei: Bezahlkarten sind kein taugliches Mittel, um Asylsuchende abzuschrecken oder um die Akzeptanz ge-

genüber unserem Asylsystem zu erhöhen. Es ist nichts anderes als Augenwischerei. Wir Grünliberalen bevorzugen Massnahmen, die auch tatsächlich etwas bewirken, und werden die parlamentarische Initiative nicht unterstützen.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Da wir vorhin den Grossteil der Debatte schon geführt haben, müssen wir sie nicht neu starten. Ich möchte nur auf diese mantraartigen Wiederholungen eingehen, dass es unbedingt nötig sei, diese Bezahlkarte einzuführen. Wie gesagt, es gibt andere Möglichkeiten, man könnte Konti eröffnen. Bei einigen Banken geht das schon. Wenn es Ihnen wirklich nur um die Digitalisierung geht, Frau Camenisch, dann können wir morgen einen Vorstoss zusammen einreichen, dass zum Beispiel bei der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) auch Leute mit vorläufiger Aufnahme Konti eröffnen können, denn das können sie tatsächlich heute noch nicht im Gegensatz zur PostFinance oder anderen. Während Leute mit Schutzstatus S praktisch überall Bank-Konti eröffnen können. Aber die sind hier auch betroffen von dieser parlamentarischen Initiative, denn sie erhalten ja auch Geld gemäss der Asylfürsorge vom Betrag her; sie sind genau gleich darunter gestellt. Wenn es Ihnen nur um die Digitalisierung geht, gibt es andere Lösungen als eine teure, bürokratische Bezahlkarte, die es bis heute noch nicht gibt und die mit viel Kosten verbunden ist. Die SVP-Sprecherin hat gesagt, wir wollten nur die technische Umsetzung aus Deutschland, die Kosten pro Karte 6 Euro und pro Aufladen 1 Euro; das macht dann eine halbe Million, wenn man das für alle Geflüchteten im Kanton Zürich macht.

Vielleicht noch als Letztes eine Bitte an den Sprecher der FDP: Yiea Wey Te, du hast vorhin gesagt, wir sollen nicht alle in einen Topf werfen. Ich habe das ein sehr gelungenes Votum gefunden, aber diese parlamentarische Initiative, die geht noch viel weiter als die Motion vorhin, weil sie wirklich alle in einen Topf schmeisst, nämlich auch all die vorläufig Aufgenommenen, beispielsweise die Kriegsgeflüchteten aus Afghanistan oder aus Syrien. Die werden jetzt mit dieser PI auch erfasst. Es geht also nicht mehr nur um die Asylsuchenden, sondern es geht auch um jene, die hierbleiben dürfen, auch sie sollen von dieser Bezahlkarte betroffen sein. Das heisst, wenn dein Votum vorhin ernst gemeint war, wäre es gut, wenn ein Teil der FDP-Fraktion zumindest hier nicht mitstimmt, denn hier werden wirklich alle in den gleichen Topf geschmissen, egal, ob sie bleiben dürfen oder nicht. Deshalb bitte ich Sie, auch diese parlamentarische Initiative nicht zu überweisen. Besten Dank.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Alle in den gleichen Topf zu werfen, das ist nicht gut, vor allem bei diesem Thema. Aber ich habe in meinem Votum gesagt: Den Leuten, die wirklich aus Not hier sind, die aus Not um Leben und Tod hier sind, denen ist es – da bin ich mir ganz sicher – egal, wie sie das Geld erhalten. Sie wollen vor allem hier sein, weil sie hier sein müssen, um weiterleben zu können. Da ist ihnen egal, ob sie mit der Karte bezahlen gehen oder ob sie Bargeld erhalten; davon bin ich überzeugt. Die Leute jedoch, die das Geld hier erhalten möchten, um es weiterzugeben, die haben dann ein Problem. Hier müssen wir anpacken und versuchen sicherzustellen, dass wir nicht ausgenommen werden.

Aber ich gebe dir recht: Ja, wir dürfen nicht alle Leute in den gleichen Topf werfen, das dürfen wir nicht. Aber hier geht es nicht darum, alle in den gleichen Topf zu werfen und ihnen damit das Leben zu erschweren. Nein, es geht darum, dass die Leute, die nicht berechtigt sind, Geld zu erhalten, es eben nicht erhalten, damit wir mehr Geld für die Leute haben, die das Geld brauchen. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Sie kennen ja alle den Unterschied zwischen einer Motion und einer parlamentarischen Initiative. Eine Motion reicht man ein, wenn man etwas vom Regierungsrat gelöst haben möchte, einen Gesetzesvorschlag haben möchte, von dem man noch nicht weiss, wie man ihn selber genau im Detail ausgestalten will. Offenbar wussten die SVP und die FDP noch nicht genau, wie sie das mit dieser Bezahlkarte lösen wollen. Jetzt aber kommen sie mit einer parlamentarischen Initiative zum exakt genau gleichen Thema und plötzlich scheinen sie zu wissen, wie sie dieses Problem gesetzlich lösen wollen. Das Einzige, was ich jetzt nicht mehr weiss, ist, ob sie wissen, wie sie es lösen wollen, oder ob sie es eben doch nicht wissen wollen. Das ist das Problem, wenn man das Gefühl hat, man könne so ein Buebetrickli machen und zunächst eine Motion und dann noch eine parlamentarische Initiative mit einem exakten Gesetzestext einreichen. Natürlich, sie konnten niemanden unter Druck setzen damit, denn sie wussten ja, dass wir sowieso die Diskussion beantragen würden, wenn der Regierungsrat diese Motion entgegennehmen würde. Daher funktionierte dieses Kalkül nicht. Ich möchte eigentlich auch alle anderen nicht dazu ermutigen, dies in Zukunft zu tun, denn genau das lähmt unseren Betrieb.

Jetzt habe ich das Glück, dass Regierungsrat Mario Fehr immer noch im Saal ist. Da ich ja versuche, ein höflicher Mensch zu sein und nicht nach der Regierung zu reden, wie René Isler das tut, nehme ich jetzt noch kurz die Gelegenheit wahr, auf sein Deutschland-Votum (*bei Traktandum 11*) zwei Sätze zu sagen. Geschätzter Regierungsrat Mario Fehr, Sie haben Deutschland schon sehr, sehr pauschal abgekanzelt in Ihrem Votum. Da erwarte ich eigentlich von einem Regierungsvertreter doch ein bisschen mehr Goodwill gegenüber unserem grossen Nachbar, der bestimmt auch seine Schwächen hat wie wir Schweizerinnen und Schweizer auch. Aber wir sind ja schon an guten nachbarschaftlichen Beziehungen interessiert, und Ihr Votum mit dem Pauschalvorwurf, Deutschland sei ein Failed State, hat jetzt nicht gerade dazu beigetragen. Also da erwarte ich grundsätzlich, dass man die Kritik ein bisschen differenzierter anbringt. Und ich bin auch überzeugt, Sie können das eigentlich auch.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Wenn ich der Debatte richtig gefolgt bin, dann sind die Argumente auf dem Tisch. Die parlamentarische Initiative wird mit 63 Stimmen oder so vorläufig unterstützt werden. Sie wissen, was passiert: Sie wird in eine Kommission kommen. Dort wird die Initiantin das Wort haben, sie wird es erläutern können, und dann wird die Mehrheit der Kommission finden, wir haben die Argumente gehört und dem Rat den Antrag stellen, diese PI abzulehnen. Es wäre gescheiter, Sie würden die PI gleich wieder zurückziehen. Sie würden uns hier etwas Arbeit ersparen.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Ich hatte eigentlich vorgehabt, mein letztes Votum nochmals in voller Länge zu verlesen, einfach um darzustellen, was für ein Unsinn es hinsichtlich Ratseffizienz ist, dies zweimal zu behandeln. Aber ich lasse das jetzt, denn die Argumente und Fakten kommen sowieso nicht an.

Vielleicht noch ganz kurz zu Frau Camenisch: Es geht eben nicht einfach nur um die Einführung einer Debitkarte und um eine Digitalisierungsaktion im Asylbereich. Es geht um das Bargeldverbot, gegen das wir uns wehren, gegen die Einschränkungen im Zahlungsverkehr, gegen die Einschränkungen der persönlichen Freiheit von geflüchteten Menschen und gegen den Generalverdacht, unter den Sie sie stellen. Danke.

Ratspräsident Jürg Sulser: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 59/2024 stimmen 72 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.